

Beschluss
des Bundesrates

Benennung von Vertretern in Beratungsgremien der Europäischen Union (Verwaltungsausschuss der Kommission für Direktzahlungen)

Der Bundesrat hat in seiner 797. Sitzung am 12. März 2004 wie folgt beschlossen:

Der Bundesrat benennt gemäß § 6 Abs. 1 EUZBLG i. V. m. Abschnitt IV der Bundesländer-Vereinbarung für den Verwaltungsausschuss der Kommission für Direktzahlungen

einen Bediensteten des Landes Rheinland-Pfalz,
Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
(Ministerialrat Ralf Hornberger)

und als dessen Stellvertreter

einen Bediensteten des Freistaates Sachsen,
Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft
(LD Klaus Wallrabe).